

Mitteldeutsches Land Merseburger Zeitung

Merseburger Korrespondent

Mitteldeutsche Heftzeitung

Merseburger Tageblatt (Kreisblatt)

79. Jahrg. / Nr. 136

Schulzeitung, Verlag von Druckerei, Merseburg, St. Ackerstr. 3, Zweiteiliges Haus, Schulstr. 1, Preis: Sonntag Nr. 2,20. Im Falle böserer Gewalt (Zerstörung) behält die Redaktion auf Lieferung oder Abdruckung.

Merseburg, Mittwoch, 14. Juni 1939

Normal-Abonnement 2,10 RM., nur Sonnabends 50 Pf. (einmal 10 Pf. Befreiung und 27 Pf. Zulage, L. 8.) d. h. Post 2,30 RM. (einmal 34,7 Pf. Befreiungsgeld) umfasst 38 Pf. Schutz-Abbestellung 30, in 45 Pf.

Einzelpreis 10 Pf.

Moskauer Regierungsorgan fordert erneut Intervention im Baltikum

Moskau läßt nicht locker

Sowjetrussische Angriffe auf den estnischen und finnischen Außenminister

Die Moskauer „Pravda“ beschäftigt sich in einem offiziellen Leitartikel mit der Frage der „Garantie“ für die drei baltischen Staaten. Das Blatt betont noch einmal mit Nachdruck den Standpunkt Moskaus, der auf ein Interventionsrecht in Estland, Lettland und Finnland hinausläuft, wenn deren „Neutralität direkt oder indirekt verletzt wird.“

Welche Absichten der Moskauer Politik dabei vorzuschweben, läßt sich aus den Beispielen des Blattes erkennen. Bald wird darin von einer „dreifachen Garantie der Neutralität der baltischen Staaten“ gesprochen, bald von ihrer „Unterbrechung durch die friedliebenden Mächte“, bald von einer „Mittelstellung bei einem direkten oder indirekten Angriff seitens der Mittelmächte“. Auf jeden Fall aber scheint für das sowjetrussische Blatt eine eigene Willensäußerung der drei erwähnten Staaten nicht in Frage zu kommen.

In der Begründung der Forderungen des Blatt führt die „Pravda“ recht einseitig Argumente ins Feld. Besonders den Einwand, daß die Annahme einer solchen „Unterbrechung“ die drei Länder ihrer Souveränität berauben könnte, will sie keinesfalls gelten lassen. Das Blatt stellt vielmehr die gegenteilige Behauptung, daß diejenigen, die einen solchen Standpunkt vertreten, damit auch sagen wollten, daß 8. Pf. die von den Schwächsten garantierten Staaten wie Polen, Rumänien, Griechenland und die Türkei desgleichen ihre Souveränität einbüßen könnten? Dies besonders scharf betont wendet sich die Sowjetzeitung gegen die baltischen Staatsmänner, unter Erwähnung des estnischen und des finnischen Außenministers, die eine „Garantie“ der Souveränität für ihre Länder ablehnen.

Was tat Strang in Warschau?

Entgegen den ursprünglichen Nachrichten, wonach der Londoner Delegierte für Moskau, William Strang, sich im Flugzeug von London aus direkt nach Moskau begeben sollte, ist die Strang am Montag in Warschau eingetroffen. Er ist erst am Dienstag nach Moskau weitergefahren. In offiziellen Kreisen Warschaws unterrichtet man, wie die „AP“ berichtet hat, daß die United Press-Darstellung, wonach William Strang unter anderen Formeln auch eine besondere politische Formel mit nach Moskau nehme, jeder Grundlage entbehre.

Franzosen besetzen britische Insel

Neben den großen politischen Sorgen beschäftigt ein kleiner Zwischenfall die englisch-französische Diplomatie. Ein französischer Major, der sich offenbar an wechselseitige Eroberungsgänge über den Ärmelkanal

erinnerte, setzte sich kürzlich an die Spitze von 50 britischen Matrosen und nahm von der britischen Insel Minicoy, die vor St. Malo liegt, Besitz. Die englische Flotte wurde eingesetzt. Dann dankte man eine kleine Gruppe als Unter-

kunft für die Fischer. Ein englischer Beamter bemerkte die Verletzung auf der Insel und erbatte Anzeige. Eine Untersuchung wurde eingeleitet. Man glaubt, daß der Zwischenfall eine befriedigende Lösung finden wird.

Blockadebeginn in Tientsin

Alle in die Konzessionen führenden Straßen sind militärisch gesperrt

Mit fieberhafter Spannung sah die Bevölkerung Tientsins der Blockade der französischen und englischen Niederlassungen durch die japanischen Truppen entgegen. Alle in die Konzessionen führenden Straßen sind militärisch gesperrt. Hinter dem Stacheldraht steht englisches Militär und englische Polizei. Nur drei Straßen sind für den Verkehr freigegeben. Ein Passieren ist nur mit japanischen Pässen möglich. Der Sprecher des japanischen Außenamtes stellte fest, daß es sich bei der Blockade der Niederlassungen in Tientsin nicht um Anwendung von Gewalt handele, sondern um eine klare Selbstschutzmahnahme. Die britische Konzession würde nicht befest, sondern

nur der Verkehr mit dem übrigen Tientsin solle übermattet werden.

Die Londoner Morgenblätter berichten, daß die britische Regierung „leichte“ Vorschläge nach dem Fernen Osten entsandt hat, damit eine Einigung mit den Japanern erzielt werden kann. Offenbar ist die Regierung auch bereit, sich mit Rücksicht auf die Misere in Europa nicht im geringsten eine Zugeständnis der Lage. Die Politik des aktiven und passiven Widerstandes Frankreichs und Englands in China gegen Japan spiegelt sich auch in den Kommentaren der französischen Presse wider, die England zur Unnachgiebigkeit auffordern.

Londons Propaganda-Angriff

„Informationsamt“ soll unmittelbar Einfluß auf das deutsche Volk nehmen

Die Schaffung der britischen Zentralfelle für hochverräterische Agitation in Deutschland, die sich „Informationsamt“ nennt, scheint bevorzustehen. Der Vorschlag zu dieser inoffiziellen Einrichtung geht vom „Daily Telegraph“ aus, wie auch die übrige Londoner Presse, verbittert feststellt, daß so wohlmeinende Friedensgerede britischer Minister würde bei uns gar nicht recht gewürdigt.

Die „Times“ schließt sich diesem Vorschlag an und meint, daß es keine Gründe dafür gebe, ein solches „Informationsamt“ nicht schon in Friedenszeiten zu schaffen. Ein solches „Informationsamt“ könne wertvolle Hilfe für den Nachrichtenendienst in das Ausland leisten, und man brauche aus seiner Tätigkeit kein Geheimnis zu machen. Der frühere britische Vorgesandter in Bonn, Lord Perth, sei aufgefordert worden, die Leitung dieses neuen Amtes zu übernehmen.

Ferner befähigt sich die Regierung, so schreibt die „Times“, mit dem Gedanken eines „Propagandaamtes“. Die Presse, der Rundfunk, besonders die Nachrichtenverbindungen in fremder Sprache entsprächen schon zum Teil dem Aufgabengebiet eines solchen Ministeriums, aber die schwierigere Aufgabe, andere Nationen zu erreichen, erfordere weitere Zusammenarbeit und vereinheitlichte Leitung.

Sieben Explosionen

Die jüdischen Bombenattentate in Palästina nehmen kein Ende. Im Tel Aviv ereigneten sich in der Nacht vom Montag zum Dienstag sieben Explosionen, durch die u. a. mehrere Telefonhäuschen zerstört wurden. In einem Dorf bei Haifa wurden fünf Arbeiter von mehreren Männern überfallen und ermordet. Die Mörder trugen europäische Kleidung. Es dürfte sich um Juden gehandelt haben.

Nur noch sechs Volksschuljahre?

Dr. O. Merseburg, 14. Juni.

Es ist richtig, daß wir einen zunehmenden Mangel an Volksschullehrern haben. Ebenso trifft zu, daß die schaffenden Hände im Deutschen Reich kaum noch zur Bewältigung selbst staatspolitisch wichtiger Aufgaben ausreichen. Die Knappheit an Arbeitskräften beschäftigt darum alle Stellen, die für den deutschen Arbeitseinsatz verantwortlich sind, in steigendem Maße. Der Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium, Dr. Schwarz, hat erst vor einigen Tagen auf dem Mitteldeutschen Sparfachausschuß in Magdeburg den Willen des Staates bekundet, die Arbeitskräfte für besonders wichtige und unangenehme Arbeiten unter allen Umständen sicherzustellen. Bleibt nun die Frage, auf welche Weise das zu erreichen ist.

Zuerst möchte man begrifflichermaßen den Blick auf alle, die noch nicht völlig ausgefüllt sind, obwohl sie in der Volkstraft ihrer Jahre stehen. 2. Jeder Menschenteil ist aber bereits heute so klein, daß er nicht sonderlich mehr ins Gewicht fällt. Dann werden diejenigen Altersschichten ins Auge gefaßt, die unter anders gearteten Umständen sich länger der verdienstlichen Arbeit hingeben würden. Auch diese Methode dürfte ansehnlich ausbelehrt sein. Welche nur noch, wenn man von der Verwendung ausländischer und andersschichtlicher Arbeitskräfte absteht, ein härterer Rückgriff auf den Nachwuchs. In diesem Zusammenhang finden wir nun im Gaußblatt des Reichslehrerbundes Gau Halle-Merseburg, dem „Erzieher im Braunkohl“ (Heft 11), Ausführungen, die mit der Ueberbrückung „Um das 7. und 8. Volksschuljahr“ versehen sind. Aus ihnen geht hervor, daß zur Zeit Ueberlegungen schweben, die acht Volksschuljahre um zwei zu kürzen und dabei das 7. und 8. wie es heißt, „bedingt“ einzuführen, um diese beiden Jahre für die Berufsausbildung freizubekommen. In diesem Falle würde die Volksschule, solange der gegenwärtige Notstand vorliegt, nur noch sechs Jahre umfassen. Das 7. und 8. Jahr würde dann bereits der Berufsausbildung zugewandt sein, und damit in der Zeit ein außerordentlich tiefer Eingriff in das gesamte Volkserziehungsweien erfolgen.

Es versteht sich, daß eine solche Maßnahme in der Erzieherhaft und darüber hinaus bei allen, die an den Schulproblemen besonderen Anteil nehmen, eine rege Diskussion zu entfachen geeignet ist. In der Erzieherhaft selbst scheint, wenn man den Ausführungen im „Erzieher im Braunkohl“ folgen darf, die Bedenken zu überwiegen. Gegen eine Kürzung der Volksschulzeit werden Argumente ins Feld geführt, die sicherlich ihr Gewicht haben, und die um so schwerer wiegen, als damit der Gehalt, der bekanntlich in einem schmerzlichen Maße unterbelehrt ist und selbst die größten Nachwuchskadererzieher hat, gegen eine auf diese Weise mögliche Entlastung auf den Plan tritt.

Ziel der Volksschule ist ja nicht nur die Vermittlung gewisser Kenntnisse etwa im



Manschaftsablösung an einem Kampfwerk des Westwalls, der modernsten Befestigungsanlage Weltbild (K).



Links: Laufgang im Kampfwerk. Rechts: Manschaftsraum, in dem sich die Männer hauptsächlich eingerichtet haben. Weltbild (K).

lesen, Schreiben, Rechnen und dergleichen. Das alles ist wichtig als Voraussetzung, nicht aber als alleiniges Ziel. Dieses besteht vielmehr aus und in erster Linie darin, das Kind als geliebtes Wesen aufzufassen, es logisch denken zu lehren und ihm gewisse allgemeine Grundvorstellungen vom Wesen geistiger Zusammenhänge zu vermitteln. Es ist dies eine Arbeit, die zwar in den ersten Volksschuljahren sofort einsetzt, aber erst in den beiden letzten Schuljahren, also dem 7. und 8., zu den

**Die Vernunft sagt:
„besser“ rauchen!**

ATIKAH 5A

notwendigen Ergebnissen kommen kann, da das Kind erst dann über die Schwelle einer ersten körperlichen und geistigen Reife zu treten beginnt. Würde die Arbeit am Ende des 6. Jahres, also etwa mit dem 12. Lebensjahre abgebrochen, dann fehlten gerade diese beiden volkreistlicher und entwicklungsmäßig so überaus wichtigen Jahre. Und ab dann in der Berufsphase noch Zeit und Gelegenheit sein wird, das in mündigstem Alter noch nachzuholen, wird offenbar von weiten Kreisen der Erzieherschaft bezweifelt.

Der „Erzieher im Braunschweig“ glaubt deshalb vor einer solchen Kürzung der Volksschulzeit Bedenken zu haben. Er warnt auch davor, die Kinder als zu jung für die Arbeit einzusetzen, was sich nicht, sondern vielmehr später bitter rächen würde. Handwerkliche Fertigkeit und spätere Leistungsfähigkeit im Beruf könne eine adäquate geistige und bestimmte Grundbildung nicht entbehren. Auch der spätere politische Einsatz der Menschen werde darunter leiden, wenn bei den Grundlagen der Erziehung große Lücken offen blieben. Das Organ des Völkerverbundes bezieht sich in diesem Zusammenhang auf die bekannten Klagen über sehr kümmerliche Volksschulen, die insbesondere aus Kreisen der Wehrmacht und der Wirtschaft vorgetragen worden sind und in denen von einem furchtbaren Leistungsrückgang der Soldate die Rede ist. Aber je Gelegenheit hatte, beispielsweise letzteren selbst solche mit dem Heeresgenuss — zu beobachten, wird solche Klagen nicht immer als unberechtigt bezeichnen können.

Das weiß natürlich auch die Erzieherschaft, die sich von Vorurteilen dieser Art nicht beirren lassen darf und schon darum alles vermeiden wissen möchte, was die Einwirkungsmöglichkeiten auf den ihr anvertrauten Nachwuchs noch weiter beschränkt. Abzugeben bleibt nur, was tragbarer ist — die erregende Verklärung der Volksschulzeit durch die Vergegenwärtigung auf dem Felde des Kriegsgeschehens. Darüber die Entscheidung zu treffen, ist selbstverständlich Sache der Führung. Aber das Problem selbst gibt nicht nur jeden Erzieher, sondern auch jeden Vater und jede Mutter an. Darin hinaus ist es für das gesamte Volkswesen des deutschen Volkes von erheblicher Bedeutung.

Wiege verbrannt/Säugling lebt

Ein Geretteter der „Thetis“ schlug dem Tode ein Schnippchen nach dem andern

„Duch Arnold“ nennt man in ganz England den Obermalmstrich W. C. Arnold, einen der vier Männer, die bei der genauen Katastrophe des Unterganges der „Thetis“ mit dem Leben davonkamen. „Glücklicher Arnold“! Nicht nur diesmal sollte der Tod dem Obermalmstrich Arnold nicht haben, es ist gar nicht mehr zu ahnen, wie oft er sich schon an der Schwelle zum Jenseits befand. Sein ganzes Leben — Arnold dient seit zwölf Jahren bei der britischen Flotte — lebt unter dem Motto „In letzter Minute gerettet“. Das war alles, was er für sich selbst und die zahllosen Sarg der „Thetis“ ertrug, nur seinen Empfindungen frage.

Der Vater, der den geretteten Sohn freudentrollend in die Arme schloß, erklärte, daß William schon als Kind ein glückselig und dem Tode des Todes getreuer war. Als er noch ein Baby war, ging seine Wiege in Flammen auf, aber wie durch ein Wunder lag er unversehrt in den verfallenen Ästen. Später wurde er von einem stehenden Pferd umgerannt, um als Sechsjähriger aus dem zweiten Stockwerk des obersten Stockes zu fliehen — glücklich überlebte auf eine Matratze, die im Hof ausgelegt werden sollte. Schließlich geriet er auf dem Schulweg aus noch unter einem Auto, und nur Millimeter vor dem Verstoßen des Knaben entfernt kamen die schweren Räder zum Stillstand.

„Duch Arnold“ ging gleich seinen beiden älteren Brüdern als Marine. Schon am dritten Tag seiner Tätigkeit als junger Matrose fiel er auf hoher See über Bord. Aber die Besatzung des Frachtschiffes bemerkt und alarmiert. So konnte der völlig Erschöpfte, der gleich vielen See-

Noch drei Jahre China-Krieg?

Denkschrift des japanischen Kriegsministeriums — Das dritte Kriegsjahr begann

Das japanische Kriegsministerium veröffentlicht mit dem Eintritt Japans in das dritte Kriegsjahr (7. Juli) eine Denkschrift, die sich mit der Bedeutung und der Weiterentwicklung des Chinakrieges befaßt. Zur Vermittlung der Dauer des Krieges wird gesagt, daß weitere zwei bis drei Jahre notwendig seien, um die „anti-japanische chinesische Armee“ zu besiegeln. Es würde sodann weiterer Jahre zur Einleitung einer neuen Ordnung in Ostasien bedürfen, aber man müsse sich auf mehrere Jahre hinaus vorbereiten, bis die Grundlagen für eine solche neue Ordnung geschaffen seien. Infolgedessen müsse Japan, so fordert die Denkschrift zum Schluß, im Bereich von Mandchurien militärisch, politisch und wirtschaftlich vollkommen auf eine längere Kriegsdauer eingestellt sein.

Streikende griffen an

Das größte Industrieunternehmen des Staates Wisconsin (USA), das Automobilwerk Chrysler, wurde am Dienstag früh Schichtarbeiter Streiktruppen. Als Arbeitsplätze mit Straßenbahnen zum

Frage an die Garantierten

„Haben sie das Bündnis gesucht, das sie als vom Himmel gefallen darstellten?“

Der Direktor des belgischen „Grenzboten“ befaßt sich mit der Haltung der belgischen Staaten, die durch die Garantie der belgischen Staaten mit ihrer Ablehnung der englisch-französischen Garantie eines Bündnisses für ihren Lebens- und Unabhängigkeitsfrieden und für ihren Wunsch nach einer wahren Neutralität erkränkt. Zweitens werde der Widerspruch der belgischen Staaten ein großes Zeugnis auf die Politik der Entzweiung, der Beweise, daß eine solche Politik, die die Interessen der Staaten übergebe, um den großen Zielen ihrer Anführer an ihnen, zu einer Vng der Staatenwürde und nicht zu einem Bündnis feier Völker führe.

Drittens müsse man aber gegenüber der klaren Einstellung der belgischen Staaten die Frage stellen, was man von jenen Staaten zu halten habe, die die englisch-französische Garantie annehmen, obwohl sie erklären, diese nicht verlangt zu haben. Haben die letzteren, so fragt der belgische Autor, einem geheimen und unbilligen Zweck nachgeben müssen, oder haben sie selbst ein Bündnis gesucht, das sie als vom Himmel gefallen darstellten? In dem ersten Falle würde die Haltung der Garantierten neuen Anlaß zum Nachdenken geben, im zweiten Fall die Haltung der Garantierten aufschreiend gekennzeichnet sein.

Duff Cooper ohne Maske

Was England unter „Unabhängigkeit“ und „Meiðerberechtigung“ der kleineren Staaten versteht, zeigt Duff Cooper mit zynischer Offenheit im „Evening Standard“. Duff Cooper ist für einen der besten Abolus eines Bündnisses mit der Sowjetunion ein und streift dabei die Frage der „Garantierung“ der belgischen Staaten. Die belgischen Staaten sind für Sowjetrußland, so sagt er, „was Belgien für England ist. Aber Sowjetrußland fehlt die zufällige Sicherheit des englischen Kanals. Wenn eine belgische Regierung erklären würde, daß die Garantie Frankreichs und Englands nicht länger mehr benötige — etwas, was nicht unmöglich ist — würde eine solche Erklärung dann etwas an der Tatsache ändern.

Ein furchtbares Abenteuer war es auch, als im Hafen von Sidon ein Autier, in dem sich Arnold befand, feuerte. Stundentlang mußte er sich an das umgehängte Boot anklammern und ausbleiben, bis Rettung kam, während drei seiner Kameraden dabei den Tod fanden. Anlässlich eines Landsturms in Sidonport wurde Arnold in eine Schlingerei verwickelt und erhielt von einem betrunnenen Matrosen einen Messerstoß, der nur um Barettbreite am Herzen vorbeiging. Dieser längere Krankenlager genas der Glücklichste wieder. Arnold hatte er dem überlebenden Tod ein Schnippchen geschlagen.

Die letzten Jahre tat Arnold auf Unterseebooten Dienst. Als Obermalmstrich wurde er auf dem „Thetis“ kommandiert und machte die Unglücksfahrt mit, die zum tragischen Tod von 99 Seelenten führte. Als man mit dem Rettungsboot die ersten Männer des verunglückten Schiffes nach Sidon brachte, fand Arnold bei beiden im Hintergrund. Aber der Kapitän wollte ihn herbei. „Wir brauchen als Begleiter für die Zivilisten, die den Aparat nach Sidon bringen, einen „Fachmann“. So befand sich Arnold unter den zwei ersten, die an die Wasserfläche kamen. Er erahnte nicht, daß seine juristischlebenden Kameraden dem Tode geweiht waren.

Der Hausdurchbruch, griffen Streitposten die Bolzen an und überfluteten sie mit einem Steinhaufen. Polizei griff ein und löste die Streitposten mit Tränengas zu vertreiben. Im Sandbrennen wurden auch Polizisten mitgeschleudert. Zahlreiche Arbeiter erlitten ebenfalls Verletzungen. Auch in Flint (Michigan) kam es in den General-Motors-Werken zu Zusammenstößen. 12 Streitposten wurden verletzt.

Waldbrand in Lettland

Ein großer Waldbrand vernichtete nördlich von Riga 900 Hektar Wald. In den schwierigen Geisarbeiten beteiligten sich über tausend Personen, darunter auch Militär. Mehrere bedrohliche Baumhöhlen konnten nur mit Mühe gerettet werden. Das Feuer ist vermutlich durch Unachtsamkeit von Waldarbeitern entzündet.

Bergknappen verunglückt

Auf der Juche „Erin“ in Gaitrop-Rauze fand am Montagabend in der zweiten Weltunternehmung eines Streikbreites von etwa 20 Metern ein Steiger und fünf Bergknappen verunglückt worden. Sie wurden sofort tot geborgen.

Unsere Luftwaffe liegt ihnen im Magen

In großer Aufmachung veröffentlicht die „Londoner Zeitung Daily Express“ eine Unterredung eines britischen Piloten mit dem englischen Luftseerheerführer Sir Kingsley Wood, der angesichts des Vordringens der deutschen Luftwaffe vor der britischen „berühmte“ Erklärung abgibt. Der „Daily Telegraph“ stellt fest, daß Deutschland über mehr als doppelt so viel Flugzeuge wie England und Frankreich zusammen hat. In dem letzten Jahr verlor die deutsche Luftwaffe mehr als 1000 Flugzeuge. Die deutsche Luftwaffe ist im Vergleich mit der britischen Luftwaffe in der Zahl der Flugzeuge und in der Qualität der Besatzung überlegen. Die deutsche Luftwaffe ist im Vergleich mit der britischen Luftwaffe in der Zahl der Flugzeuge und in der Qualität der Besatzung überlegen.

Gauräte für die Reichsgaue

Eine geordnete Durchführungsvorordnung zum Aufbau der Reichsgaue

Der durch das Diktatgesetz gestiftete neue Aufbau- und Verwaltungsplan des Reiches wird in seiner Bedeutung weiter bekannt aus der letzten Ausgabe des Diktatgesetzes. Darin ergibt sich die Veranlassung der Reichsgaue als politisch-organisatorische Maßnahme, die sich nicht ausschließlich auf die Verwaltung der Reichsgaue beschränkt, sondern auch die Verwaltung der Reichsgaue betrifft. Die Reichsgaue sind in der Zahl der Reichsgaue und in der Qualität der Besatzung überlegen.

Die öffentlichen Aufgaben, die der Reichsgaue in seiner Eigenschaft als Selbstverwaltungsbereich unter eigener Verantwortung zu erfüllen hat, können freiwillig übernommen oder durch Gesetz zugewiesen werden. Für den Bereich der Selbstverwaltung stehen dem Reichsgaue Gauräte als Berater zur Seite. Ihre Aufgabe wird vom Reichsminister im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Reichspräsidenten bestimmt. Die Gauräte werden vom Stellvertreter des Reichspräsidenten auf die Dauer von sechs Jahren berufen. Sie bestehen aus einem Vorsitzenden und vier weiteren Mitgliedern. Sie sind zu allen wichtigen Maßnahmen, insbesondere zum Erlaß der Gauratsverordnung, zur Rechnungslegung zu hören.

In der Reichsgaueverwaltung wird der Reichsgaue durch den Reichspräsidenten als Präsidenten, in der Selbstverwaltung durch den Gaupräsidenten vertreten. Zur Reichsgaueverwaltung wird bestimmt, daß ein Landrat für einen oder mehrere Reichsgaue einzelne Verwaltungsaufgaben getrenntweise erteilen oder daß gemeinsam die Reichsgaueverwaltung durch einen Reichsgauepräsidenten geleitet werden können. Die Reichsgaueverwaltung wird durch den Reichspräsidenten als Präsidenten, in der Selbstverwaltung durch den Gaupräsidenten vertreten. Zur Reichsgaueverwaltung wird bestimmt, daß ein Landrat für einen oder mehrere Reichsgaue einzelne Verwaltungsaufgaben getrenntweise erteilen oder daß gemeinsam die Reichsgaueverwaltung durch einen Reichsgauepräsidenten geleitet werden können.

Zum Diktatgesetz ist bemerkenswert, daß das Amt des Reichsgauepräsidenten und das Amt des Gaupräsidenten nach anderer Bestimmung des Reichsgauegesetzes durch eine Person wahrgenommen werden können für den Gau.

zu weitaus enger Zusammenarbeit in Reichsgaue kommen als dies bisher der Fall gewesen wäre. Die Reichsgaue sind die britischen und französischen Luftaufklärungsprogramme in Anbetracht der Organisation der deutsch-italienischen Luftwaffe völlig unzureichend.

Eine polnische Finanzordnung wird in naher Zukunft nach London kommen, um mit der britischen Regierung über neue Kreditabkommen zu verhandeln. Sie wird eine polnische Finanzordnung sein, die eine polnische Finanzministerin, „Zim“ heißt, daß man über Kredite für den Ankauf von schweizer Bonbons und anderem Nahrungsmaterial, den Ankauf von Maschinen für die Nahrungswirtschaft und Kredite für den polnischen Export verhandeln werde.

Allgemeine Hamsterei

In Polen zeigen sich immer gefährlichere wirtschaftliche Anzeichen. Die Kriegswirtschaft und Lebensmittelknappheit, die seit Ostern andauert. Das polnische Regierungsblatt „Kurier Poranny“ stellt fest, daß die polnische Wirtschaft in einem ernsthaften Nödel zu liegen scheint und daß die polnische Regierung sich nicht leisten kann, die polnische Wirtschaft zu unterstützen. Die polnische Regierung hat sich gezwungen, die polnische Wirtschaft zu unterstützen. Die polnische Regierung hat sich gezwungen, die polnische Wirtschaft zu unterstützen.

Protektorszulage für Beamte

Die aus dem übrigen Reichsgaue in das Protektorat Böhmen und Mähren vertrieben und abgetrennt von den Soldaten erhalten nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ durch Erlaß des Reichsfinanzministeriums vom 1. Mai an eine Protektorszulage, und zwar ab dem 1. Mai bis zum 30. Juni, monatlich. Wenn sie Kinder haben und sich an Orten ohne geeignete deutsche Schulen befinden, erhalten sie diese Protektorszulage in doppelter Höhe.

Ab heute ohne Triptyk ins Protektorat

Krafftfrage, die im Protektorat und im übrigen Reichsgaue ihren Standort haben, können nun in Form der Zulagen ausfallen. Die Reichsgaue werden in diesen Reichsgaue zum vorübergehenden Aufenthalt in anderen Reichsgaue überführen, ohne daß ein Verbleiben (Zurück) im Protektorat oder in anderen Reichsgaue (Zurück) oder ein sonstiges Verbleiben für das Krafftfragen erforderlich ist. Doch besteht die Zulageverpflichtung noch weiter, auch die deutschen Reichsgaue in den Reichsgaue Bestimmungen bleiben unverändert.

Tief verschneite Berge

Ein empfindlicher Wettersturz brachte in der Nacht zum Dienstag im Alpenraum starke Schneefälle. Die Berge sind bis 1200 Meter tiefer in ein Winterkleid gehüllt. Am Dienstag wurden im Tal nur 6 Grad über Null gemessen. Während es im Tal noch Stunden lang regnete, schneite es in den höheren Lagen.

Franco September in Rom

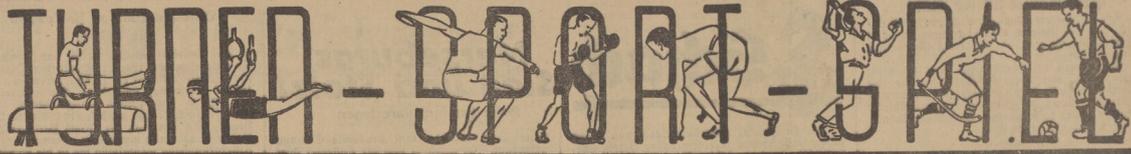
General Franco wird, wie die italienische Nachrichtenagentur Agenzia Stefani aus Burgos erzählt, Ende September nach Rom kommen.

Gehelmissse eines Hauses

In der Prager Altstadt wurde ein Haus polizeilich geräumt, dessen überhöhter Keller ohne behördliche Genehmigung und ohne polizeiliche Anmeldung eine Anstalt für die Unterbringung von Gefangenen eingerichtet hatte. Der Anstalt wurde zwar, daß dem Haupt der Anstalt durch eine nach vorgenommene Eigentumsübertragung auf seine arbeitslose Freundin zu entstehen, aber die Behörde ließ dieses Einverständnis nicht gelten. Nach in der Nacht geschickten die Exekutivorgane und veranlaßte die 90 dort einquartierten Gefangenen zur Räumung ihrer Wohnungen, was unter viel Lärm und Verwirrungen des Anstaltsherrn auch gelang. Dieser hatte es vorgezogen, während der Anstaltbildung plötzlich zu verschwinden. Bei einer weiteren Untersuchung des Hauses wurde überhöht festgestellt, daß man durch den Kellerfenster in eine Kumpfkammer gelangte, von der eine durch einen verstellten Tür zu einem unterirdischen Saal führte, der als Spielhölle eingerichtet war.

Ueber die Ufer getreten

Der Comer See ist nach anhaltenden Regenflüssen in einigen Stellen über die Ufer getreten und hat den Saugboden der Stadt Como überflutet. Am Dinstag des Sees verdrängt ein großer Erdbeben die Uferflutlinie nach Sondrio, wodurch ein Güterzug entgleiste. Ein Eisenbahner wurde getötet.



Admiral ohne Blaser und Schall

Bei den Olympischen Spielen in Paris...

Spezial Prag am Ziel...

Wapp - Jubelstimmeln...

Mitte-Ringer gegen Sachsen

Die Ringer des Reichs-Games...

Frauen als Männer...

Die größten amerikanischen Flugzeug-Werke...

Die Höhenstrahlen...

Das Weisheit...

Wenn sich mehrere Nationen...

Wie ist das schon...

Wo, wo Baum?

Wo ist das Baum?

Außenseiter im Vordertreffen

Die Großdeutschlandfahrer in Augsburg

Satten die Teilnehmer an der Großdeutschlandfahrt...

Reichswettkämpfe 1939 der SA.

Die Leistungsschau wehrträgerer Deutscher

Die Reichswettkämpfe der SA sind die große Leistungsschau wehrträgerer Deutscher...

Karl Gall

Der am 2. Juni beim Training zur englischen...

Der am 2. Juni beim Training zur englischen...

Die Sonntagsfahrt

Von Rolf Wendorf (16 Jahre), Leipzig.

Am Sonnabend sagte unser Kameraden...

Die Wirtinnen

„Ach, Bims“, sagt Bums, „weißt du, was Bims ist?“

Die Wirtinnen

„Habe“, sagt Bums, „reingefallen, Ben ist die Wirtin von dem Wort Terpenzin.“

Die Wirtinnen

„Was ist das Gilben?“

Die Wirtinnen

Die Länder-Verfälscher...

Die Wirtinnen

„Was ist das Gilben?“

Mitteldeutsches Land Merseburger Zeitung

Merseburger Korrespondent

Mitteldeutsche Heftzeitung

Merseburger Tageblatt (Kreisblatt)

79. Jahrg. / Nr. 136

Schulzeitung, Verlag von Dr. O. H. Meyer, St. Marien-
Kirche, Postfach 100, Merseburg, Preis 10 Pf.
Nr. 2322. (Im Falle höherer Gewalt (Feuerschädigung)
bezieht kein Anspruch auf Lieferung oder Rückzahlung.)

Merseburg, Mittwoch, 14. Juni 1939

Monatlich Preis 2,10 RM., nur Sonnabends 50 Pf.
(einmal 10 Pf. Befreiung und 27 Pf. Zulage, L. 8.)
b. d. Post 2,50 RM. (einmal 34,7 Pf. Befreiungsgeld) un-
ter 38 Pf. Schutz - Abnehmer zahlen 30, in 45 Pf.

Einzelpreis 10 Pf.

Moskauer Regierungsorgan fordert erneut Intervention im Baltikum

Moskau läßt nicht locker

Sowjetrussische Angriffe auf den estnischen und finnischen Außenminister

Die Moskauer „Pravda“ beschäftigt sich in einem offiziellen Leitartikel mit der Frage der „Garantie“ für die drei baltischen Staaten. Das Blatt führt noch einmal mit Nachdruck den Standpunkt Moskaus, der auf ein Interventionsrecht in Estland, Lettland und Litauen hinausläuft, wenn deren „Neutralität“ direkt oder indirekt verletzt wird.

Welche Absichten der Moskauer Politik dabei vorzuschweben, läßt sich aus den Zeilen des Blattes erkennen. Bald wird darin von einer „dreifachen Garantie der Neutralität der baltischen Staaten“ gesprochen, bald von ihrer „Unterstützung durch die friedliebenden Mächte“, bald von einer „Mittelstellung bei einem direkten oder indirekten Angriff seitens der Mittelmächte“. Auf jeden Fall aber steht für das sowjetrussische Blatt eine eigene Willensäußerung der drei erwähnten Staaten nicht in Frage zu kommen.

Ihre Begründung der Forderungen des Blatt führt die „Pravda“ recht einseitig Argumente ins Feld. Besonders den Einwand, daß die Annahme einer solchen „Unterstützung“ die drei Länder ihrer Souveränität berauben könne, will sie keinesfalls gelten lassen. Das Blatt stellt vielmehr die gegenteilige Behauptung, daß diejenigen, die einen solchen Standpunkt vertreten, damit auch sagen wollten, daß 8. 9. die von den Schwächsten garantierten Staaten wie Polen, Rumänien, Griechenland und die Türkei bescheiden ihre Souveränität einbüßen könnten? Mit besonders scharfen Worten wendet sich die Sowjetzeitung gegen die baltischen Staatsmänner, unter Erwähnung des estnischen und des finnischen Außenministers, die eine „Garantie“ der Souveränität für ihre Länder ablehnen.

Was tat Strang in Warschau?

Entgegen den ursprünglichen Nachrichten, wonach der Londoner Delegierte für Moskau, William Strang, sich im Flugzeug von London aus direkt nach Moskau begeben sollte, ist Mr. Strang am Montag in Warschau eingetroffen. Er ist erst am Dienstag nach Moskau weitergefahren. In offiziellen Kreisen Warschaws unterrichtet man, wie die „AP“ berichtet hat, daß die United Press-Darstellung, wonach William Strang unter anderen Formeln auch eine besondere polnische Formel mit nach Moskau nehme, jeder Grundlage entbehre.

Franzosen besetzen britische Insel

Neben den großen politischen Sorgen beschäftigt ein kleiner Zwischenfall die englisch-französische Diplomatie. Ein französischer Maler, der sich offenbar an wechselseitige Eroberungsgänge über den Kanal-Kanal

erinnerte, setzte sich kürzlich an die Spitze von 50 britischen Matrosen und nahm von der britischen Insel Minicott, die vor St. Malo liegt, Besitz. Die englische Flotte wurde eingesetzt. Dann dankte man eine kleine Hütte als Unter-

kunft für die Fischer. Ein englischer Beamter bemerkte die Verletzung auf der Insel und erbatte Anzeige. Eine Untersuchung wurde eingeleitet. Man glaubt, daß der Zwischenfall eine befriedigende Lösung finden wird.

Blockadebeginn in Tientsin

Alle in die Konzessionen führenden Straßen sind militärisch gesperrt

Mit feierhafter Spannung sah die Bevölkerung Tientsins der Blockade der französischen und englischen Niederlassungen durch die japanischen Truppen entgegen. Alle in die Konzessionen führenden Straßen sind militärisch gesperrt. Hinter dem Strahelndraht steht englisches Militär und englische Polizei. Nur drei Straßen sind für den Verkehr freigegeben. Ein Passieren ist nur mit japanischen Pässen möglich. Der Sprecher des japanischen Außenamtes stellte fest, daß es sich bei der Blockade der Niederlassungen in Tientsin nicht um Anwendung von Gewalt handele, sondern um eine klare Selbstschutzmahnahme. Die britische Konzession würde nicht befestigt, sondern

nur der Verkehr mit dem übrigen Tientsin solle überwacht werden.

Die Londoner Morgenblätter berichten, daß die britische Regierung „leichte“ Vorschläge nach dem Fernen Osten entsandt habe, damit eine Einigung mit den Japanern erzielt werden kann. Offenheitlich wünsche man englischerseits mit Rücksicht auf die Mißerfolge in Europa nicht im geringsten eine Zuspitzung der Lage. Die Politik des aktiven und passiven Widerstandes Frankreichs und Englands in China gegen Japan spiegelt sich auch in den Kommentaren der französischen Presse wider, die England zur Unnachgiebigkeit auffordern.

Londons Propaganda-Angriff

„Informationsamt“ soll unmittelbar Einfluß auf das deutsche Volk nehmen

Die Schaffung der britischen Zentralfstelle für hocheuropäische Agitation in Deutschland, die sich als „Informationsamt“ nennt, scheint bevorzustehen. Der Vorschlag zu dieser inoffiziellen Einrichtung geht vom „Daily Telegraph“ aus, wie auch die übrige Londoner Presse, verbittert feststellt, daß so wohlmeinende Friedensgerede britischer Minister würde bei uns gar nicht recht gewürdigt.

Ferner befähigt die Regierung, so schreibt die „Times“, mit dem Gedanken eines „Propagandaamtes“ in Deutschland. Die Presse, der Rundfunk, besonders die Nachrichtenverbindungen in fremder Sprache entsprächen schon zum Teil dem Aufgabengebiet eines solchen Ministeriums, aber die schwierigere Aufgabe, andere Nationen zu erreichen, erfordere weitere Zusammenarbeit und vereinheitlichte Leitung.

Sieben Explosionen



Mannschaftsablösung an einem Kampfwerk des Westwalls, der modernsten Befestigungsanlage Weltbild (K).

Palä-
stau-
ag zum
e u. a.
burden.
a fünf
erhalten
Juden



Links: Laufgang im Kampfwerk. Rechts: Mannschaftsraum, in dem sich die Männer häuslich eingerichtet haben.